

Pressemitteilung

Hannover, 08. März 2016
Nr. 06

Kontakt:
Manfred Malzahn
Tel.: 0511 87953-19
mobil: 0173 6488 000
E-Mail: malzahn@nlt.de

NLT: Große Probleme statt Lösungen für den Großraum Braunschweig

„Der von den Koalitionsfraktionen des Landtages und der FDP eingebrachte Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig löst kaum ein Problem, schafft aber erhebliche neue Schwierigkeiten. Wir appellieren dringend an den Landtag, ihn in dieser Form nicht zu verabschieden,“ erklärte der Präsident des Niedersächsischen Landkreistages (NLT), Landrat Klaus Wiswe anlässlich der heutigen Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs in den Landtag. „Insbesondere die vorgesehene Direktwahl der Verbandversammlung ab dem Jahr 2021 legt den Grundstock für einen Megagroßkreiskreis aus bisher fünf Landkreisen und drei kreisfreien Städten und ist völlig inakzeptabel.“

„Der kurzfristig in das Landtagsplenum eingebrachte Entwurf missachtet das Selbstverwaltungsrecht der beteiligten Gebietskörperschaften, die sich in der Vergangenheit teilweise deutlich ablehnend zu solchen Überlegungen positioniert haben. Er schwächt die kommunale Ebene insgesamt. Mich verwundert, von welcher Seite nunmehr völlig unkritisch Überlegungen eines früheren Oberbürgermeisters aufgegriffen werden. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die Landesregierung keine eigenen konzeptionellen Vorstellungen zur notwendigen Fortentwicklung der Verwaltungsstrukturen entwickelt. Der Landesgesetzgeber muss sorgfältig prüfen, inwieweit er durch einen solchen Schnellschuss verfassungsrechtlich Handlungsoptionen für die Zukunft aus der Hand gibt,“ ergänzte NLT-Vizepräsident Landrat Bernhard Reuter.

Auch inhaltlich gibt es seitens des NLT erhebliche Kritik am Gesetzentwurf. „Verfassungsrechtlich höchst bedenklich erscheint es uns z. B., wenn die Planungshoheit der Gemeinden für attraktive Gewerbegebiete auf einen überkreislichen Aufgabenträger hochgezogen wird. Nicht hinnehmbar ist auch eine Finanzregelung, bei der einige Mitglieder durch Aufgabenübertragung Lasten auf alle Landkreise und kreisfreie Städte

verteilen können, ohne dass diese sich dagegen wehren können,“ erläuterte NLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hubert Meyer.

Die Einführung einer dritten direkt gewählten kommunalen Ebene wird auch in anderen Landesteilen mit Sorge betrachtet. Der NLT fordert Landesregierung und Landtag daher auf, die Folgewirkungen einer solch gravierenden Verwaltungsreform im Braunschweiger Raum für das gesamte Land Niedersachsen zu prüfen und darzulegen.